

# ALTERNATIVEN FÜR DRESDEN

Informationen der AfD-Fraktion im Stadtrat Dresden

## ELTERN- BEITRÄGE

mehr auf Seite 4

## SICHERHEIT STÄRKEN

mehr auf Seite 6

## RESPEKT IN DRESDEN

mehr auf Seite 7

## DIE BÜRGER SOLLEN ENTSCHIEDEN! AFD BEANTRAGT BÜRGERENTSCHEID

Demokratie lebt von einer aktiven Bürgerbeteiligung. Jeder ist wichtig, jede Stimme und jede Meinung zählt – so zumindest in der Theorie. In der Wahrnehmung vieler Bürger jedoch beschränkt sich die Mitbestimmung bei wichtigen politischen Fragen und gesellschaftlichen Herausforderungen auf die wenigen, einem relativ festen Turnus folgenden Wahltermine auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene. Die sogenannte „Direkte Demokratie“ ist zwar in aller Munde, aber die Grenzen für eine umfassende bürgerliche Mitbestimmung sind sehr eng gesteckt – auf Bundesebene ist sie sogar überhaupt nicht möglich. Gleichwohl gibt es häufig zentrale Fragen, die eine direkte Beteiligung der Bürger eigentlich zwingend machen sollte. In Dresden ist eines dieser wichtigen Themen seit langem der Fernsehturm. Jeder kennt ihn, die meisten haben eine Meinung zu ihm. Seit der Schließung des Dresdner Fernsehturms aus vor allem brandschutztechnischen Gründen im Jahre 1991 ist die Diskussion um die Revitalisierung des liebevoll „Dresdner Antenne“ genannten Turms ein immer wiederkehrendes Element in der Dresdner Politik. Quasi jede Kommunalwahl rückte das Thema in den Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit und genauso sicher verschwand der Fernsehturm nach der Wahl wieder sang- und klanglos von der politischen Agenda.



Lesen Sie mehr unter  
[www.afd-fraktion-dresden.de](http://www.afd-fraktion-dresden.de)

Alternative  
für  
Deutschland

STADTRATSFRAKTION  
DER LANDESHAUPTSTADT DRESDEN



## INHALT

DIE BÜRGER SOLLEN ENTSCHIEDEN	01 - 02
VISION UND REALITÄT	03
DIE BELASTUNG FÜR ELTERN STEIGT	04
DER ALTERNATIVE BLICK AUF MORGEN	05
SICHERHEIT STÄRKEN	06
RESPEKT IN DRESDEN	07
LINKS-GRÜNE AUTOHASSER	08
IMPRESSUM	08

## KONTAKT BÜRO

AfD-Fraktion im Stadtrat Dresden  
 Dr.-Külz-Ring 19  
 Rathaus, 1. Etage, Raum 215  
 01067 Dresden  
[www.afd-fraktion-dresden.de](http://www.afd-fraktion-dresden.de)  
[www.facebook.com/AfDFraktionDresden](https://www.facebook.com/AfDFraktionDresden)

Tel 0351 - 4 88 10 50  
 Fax 0351 - 4 88 10 49  
[post@afd-fraktion-dresden.de](mailto:post@afd-fraktion-dresden.de)

## IHRE STADTRÄTE

Stefan Vogel  
 (Fraktionsvorsitzender)  
[sv@afd-fraktion-dd.de](mailto:sv@afd-fraktion-dd.de)

Gordon Engler  
 (Stellv. Fraktionsvorsitzender)  
[ge@afd-fraktion-dd.de](mailto:ge@afd-fraktion-dd.de)

Jörg Urban MdL  
[ju@afd-fraktion-dd.de](mailto:ju@afd-fraktion-dd.de)

Harald Gilke  
[hg@afd-fraktion-dd.de](mailto:hg@afd-fraktion-dd.de)

Dem Verein Dresdner Fernsehturm e.V. ist es zu verdanken, dass – neben aller politischen Rhetorik und verschiedenen, durchsichtigen Wahlkampfversprechen – die konstruktive Arbeit nicht vergessen wurde. Mit teils ambitionierten Entwicklungsvorschlägen hat der Fernsehturmverein eine Vision entwickelt, wie das imposante technische Denkmal im Dresdner Osten wieder nutzbar gemacht werden kann. Diese Ideen und Vorschläge waren auch die Grundlage für eine mittlerweile veröffentlichte Machbarkeitsstudie, die im Auftrag des Freistaates Sachsen, der Landeshauptstadt Dresden sowie des Eigentümers, die Deutsche Funkturm GmbH, erarbeitet wurde.

Für die AfD war der Dresdner Fernsehturm bei der Kommunalwahl 2014 kein Wahlkampfthema, aber die Position zum Thema „Bürgerbeteiligung“ ist klar und eindeutig: Bürger sollen jederzeit die Möglichkeit haben, sich direkt demokratisch am politischen Entscheidungsprozess zu beteiligen.

Auf Initiative der Fraktion der Alternative für Deutschland hat sich der Dresdner Stadtrat kurz vor der Sommerpause Ende Juni in einer Aktuellen Stunde mit dem Thema Fernsehturm befasst. Hintergrund war das Bestreben, den Druck auf die Verwaltung zu erhöhen, damit die über viele Wochen zurückgehaltene Machbarkeitsstudie endlich der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird. Dieses Ziel hat die AfD-Fraktion erreicht.

Dadurch ergibt sich nun die Möglichkeit, auf solider Sachgrundlage weiter über die Zukunft des Dresdner Fernsehturms zu diskutieren. Für die AfD-Fraktion steht fest, dass der Fernsehturm nicht nur als reines Investitionsobjekt gesehen werden sollte, das sich wirtschaftlich zu tragen hat. Vielmehr ist die Dresdner Antenne auch ein Zeugnis der Ostmoderne und ein technisches Denkmal. Für ein Kulturobjekt dürfen daher andere Regeln gelten. Auch das Kulturkraftwerk Mitte oder das Festspielhaus Hellerau werden jährlich

mit Millionen subventioniert. Welche Dresdner Kunsteinrichtung trägt sich schon selbst aus eigener Kraft, ohne die Förderung durch Steuerzahlermittel?

Der Dresdner Fernsehturm ist nicht der Kulturpalast, der Zwinger oder die Semperoper. Für die Mehrheit der Dresdner Bürger ist der Fernsehturm aber eine Herzensangelegenheit, wie jüngst eine Umfrage bestätigte. Schaut man alleine auf die prognostizierten Besucherzahlen eines wiedereröffneten Dresdner Fernsehturms, wird klar, dass er andere Kultureinrichtungen dabei klar um Längen schlagen würde. Für die AfD ergibt sich daraus ein klarer politischer Auftrag: er sollte als Attraktion und Ausflugsziel wieder erlebbar gemacht werden. Aus diesem Grund hat die AfD-Fraktion einen Antrag eingebracht, damit der Stadtrat die Durchführung eines Bürgerentscheides beschließt. Das würde nämlich bedeuten, dass für den Bürgerentscheid keine Unterschriften gesammelt werden müssen, sondern die Bürger direkt über den Fernsehturm entscheiden dürfen. Nun können alle Fraktionen unter Beweis stellen, wie wichtig ihnen Direkte Demokratie wirklich ist.

Die Frage nach der Revitalisierung des Dresdner Fernsehturms steht im Raum. Die Entscheidung, ob und in welcher Ausgestaltung, wird weitreichende Auswirkungen haben, nicht zuletzt auch auf den städtischen Haushalt.

Viele Jahre war der Fernsehturm bloßes Wahlkampfthema. Das war und ist für dieses Dresdner Wahrzeichen unwürdig. Aus Sicht der AfD sollten die Dresdner Bürger die letzte Entscheidung darüber treffen, was mit dem Fernsehturm geschehen soll. Die Dresdner Bürger sind – nicht zuletzt durch den Dresdner Oberbürgermeister – dazu eingeladen, sich an der gegenwärtigen Debatte zu beteiligen. Dass die Bürger am Ende auch darüber direkt demokratisch abstimmen können, dafür wird sich die Alternative für Deutschland mit aller Kraft einsetzen.

Harald Gilke

## VISION UND REALITÄT DIE MACHBARKEITSSTUDIE ZUM DRESDNER FERNSEHTURM

Seit dem 20. Juni 2017 ist die lang erwartete Machbarkeitsstudie zur Revitalisierung des Dresdner Fernsehturms veröffentlicht. Mehrere Wochen hatten die Auftraggeber die Studie zurückgehalten, obwohl bereits einige Details durchgestochen worden waren. Das Ergebnis der Studie auf den ersten Blick: Die Wiedereröffnung des Fernsehturms gestaltet sich schwierig.

Grundlage der Untersuchung sind die durch den Verein Dresdner Fernsehturm e.V. erarbeiteten Visionen zur Wiedernutzbarmachung des Fernsehturms. Die große Herausforderung einer Revitalisierung hat im Wesentlichen mit der Lage des Fernsehturms im Dresdner Osten, weitab der Innenstadt, zu tun. Hierin unterscheidet sich der Dresdner Fernsehturm ganz wesentlich beispielsweise von seinem Berliner Pendant, der im Zentrum auf dem Alexanderplatz hervorragend erschlossen und verkehrlich sehr gut angebunden ist. Umso attraktiver und imposanter der wiedereröffnete Fernsehturm gestaltet wird, desto höher werden die nötigen Investitionskosten und desto größer sind die Bedenken bezüglich der Genehmigungsfähigkeit. Gleichzeitig steigt aber die erwartete Wirtschaftlichkeit. Andernfalls droht dem Fernsehturm bei einer Revitalisierung in Form einer bloßen Aussichtsplattform mit einer gastronomischen Komponente Unwirtschaftlichkeit infolge einer deutlich geringeren Attraktivität. Die Machbarkeitsstudie hat vier verschiedene Varianten untersucht. Die ambitionierteste Version sieht, neben der Aussichtsplattform und einem Restaurant, einen Erlebnispark mit Grünanlagen und Spielplätzen sowie ein „Televersum“ als Wissenschaftszentrum und Ort der Veranschaulichung von Innovationen der Dresdner Wissenschaftslandschaft vor.

Zur Anbindung des Fernsehturmareals ist eine Seilbahn vorgesehen, die die Pappritzer Elbhänge mit der linkselbischen Seite verbindet.

Besonders die Bedenken hinsichtlich einer sogenannten Umweltverträglichkeit wiegen schwer. Teile des Geländes des Fernsehturms befinden sich im Landschaftsschutzgebiet, eine Seilbahn würde die Elbe und damit besonders geschützte Vogelbiotope kreuzen. Auch der Standort der Talstation der Seilbahn wäre nicht unproblematisch: sowohl ein Trinkwasserschutzgebiet als auch Belange der Hochwasservorsorge müssen mitbedacht werden.

Insgesamt spricht die Studie von sehr hohen Hürden bei einer Revitalisierung des Fernsehturms. Keine der vier Varianten kann ohne Einschränkungen empfohlen werden.

Gleichwohl sollte die Machbarkeitsstudie zum Anlass genommen werden, sich eingehend mit dem Dresdner Fernsehturm und seinen Perspektiven auseinander zu setzen. Ambitionierte Lösungen, besonders auch im Hinblick auf die Bewerbung Dresdens als Kulturhauptstadt 2025 dürfen nicht aus dem Blick geraten.

Wären immer nur ausschließlich Belange des Umweltschutzes bei Bauvorhaben in den Vordergrund gerückt worden, die Dresdner Elbschlösser, die Standseil- oder Schwebebahn würde es nicht geben. Dresden braucht auch innovative, in die Zukunft gerichtete Projekte.

Der Fernsehturm mit Seilbahn und „Televersum“ könnte ein solch lohnendes Ziel sein. Alle Bürger können sich ausführlich mit der Machbarkeitsstudie beschäftigen und sich hierzu eine eigene Meinung bilden.

Harald Gilke



**AUSGABE: ZUM HERUNTERLADEN**

<http://www.afd-fraktion-dresden.de/fraktionszeitung/articles/fraktionszeitung-alternativen-fuer-dresden-nr-2-2017.html>



**DER GANZE ARTIKEL ONLINE:**

<http://www.afd-fraktion-dresden.de/fraktionszeitung/articles/vision-und-realitaet.html>

## DIE BELASTUNG FÜR ELTERN STEIGT KOSTENLOSE KINDERTAGESEINRICHTUNGEN FORDERN UND ELTERNBEITRÄGE ERHÖHEN

Alle Jahre wieder das gleiche Schauspiel: die Abgabenbelastung für die Dresdner Familien in Form der Elternbeiträge wird weiter verschärft und die etablierte Politik klopft sich medizin- und öffentlichkeitswirksam auf die Schultern.

Das sächsische Kita-Gesetz verpflichtet die Kommunen zum Eintreiben von Elternbeiträgen und setzt dafür einen Rahmen. Im Gesetz heißt es dazu: „Die ungekürzten Elternbeiträge sollen bei Krippen mindestens 20 und dürfen höchstens 23 Prozent, bei Kindergärten und Horten mindestens 20 und höchstens 30 Prozent der zuletzt nach § 14 Abs. 2 bekannt gemachten Personal- und Sachkosten im Sinne von § 14 Absatz 1 betragen.“ Zudem sieht das Kita-Gesetz vor, dass Eltern mit mehreren Kindern, die gleichzeitig eine Kindertageseinrichtung oder Kindertagespflegestelle besuchen, entlastet werden können.

Dresden orientiert sich innerhalb dieses Rahmens aus haushälterischen Gründen am Maximum, belastet also Familien fast so stark wie es das sächsische Gesetz erlaubt.

Die Möglichkeiten für Kommunen sind zwar nur sehr beschränkt, was die Festsetzung der Höhe der Elternbeiträge erlaubt. Der vorhandene, kleine Spielraum wird jedoch nicht genutzt.

Größere Einflussmöglichkeiten bestehen dagegen auf der Ebene des Freistaates Sachsen. Dort könnten die nötigen Änderungen des Kita-Gesetzes beschlossen werden, um eine kostenlose Betreuung von Kindern zu ermöglichen. Die etablierte Politik, insbesondere die SPD und CDU als Regierungskoalition,



sieht jedoch keinen Handlungsbedarf. Während der Stadtratsdebatte am 01. Juni 2017 war die AfD-Fraktion somit die einzige Fraktion, die sich der Erhöhung der Elternbeiträge in Dresden widersetzt. Dies kommentierte Harald Gilke im Nachgang der Entscheidung:

„Diese Stadtratsentscheidung hat wieder einmal gezeigt, was Familien von der Politik erwarten dürfen. Alle Fraktionen bis auf die Alternative für Deutschland haben der Erhöhung der Elternbeiträge für Kindertageseinrichtungen zugestimmt. Besonders scheinheilig agierte

## DER ALTERNATIVE BLICK AUF MORGEN

während der Debatte die SPD: Obwohl die SPD-Fraktion vorgibt, kostenlose Kinderbetreuung zu wollen, stimmte sie dennoch der Beitragserhöhung zu. Das ist weder redlich noch familienpolitisch geboten. Auch die Linksfraktion verstieg sich zu einer fragwürdigen Argumentation: sinngemäß, die Eltern würden für gute Betreuung gerne Elternbeiträge bezahlen und die Kosten könnten sie als Sonderausgaben von der Steuer absetzen. Das ist nichts anderes als Augenwischerei: Die Kosten sind nämlich keineswegs voll absetzbar, Beitragserhöhungen wirken sich daher klar auf das verfügbare Geld der Familien aus. Gegenüber Eltern, die wenig verfügbares Einkommen haben und dennoch keine staatliche Unterstützung bekommen, ist eine solche Argumentation der reinste Hohn.“

Die etablierte Politik sollte endlich einmal darüber nachdenken, wie Dresden seinem Anspruch als familienfreundliche Stadt besser gerecht werden könnte. Nicht nur die Rahmensetzung der Elternbeiträge durch das Kita-Gesetz ist problematisch. Auch die enge Begrenzung möglicher Ermäßigungen bringt große Schwierigkeiten mit sich.

Eine prozentuale Ermäßigung ab dem zweiten Kind greifen nämlich nur, wenn Geschwister zeitgleich eine Kita besuchen. Geschwisterkinder, die noch keine oder nicht mehr eine Kita besuchen, sind von solchen Ermäßigungen ausgenommen.

Obwohl die finanzielle Belastung der Eltern für diese Kinder ja keinesfalls kleiner wird, reduziert sich in solchen Fällen die Aufwendungen für die Kinderbetreuung nicht. Das ist nicht nachvollziehbar, denn: Kinder kosten nicht nur Geld, wenn sie eine Kindertageseinrichtung besuchen.

Aus Sicht der AfD-Fraktion gilt es für eine Entlastung von Eltern noch viel zu tun. Daran wird die Alternative auch zukünftig weiter mit aller Kraft arbeiten.

Harald Gilke

Vieles läuft gut in Sachen Familien- und Jugendpolitik. Dresden gehört zu den attraktivsten Städten Deutschlands was die Familienfreundlichkeit betrifft. Nicht ohne Grund ist Dresden Geburtenhauptstadt Deutschlands. Die sächsische Landeshauptstadt wächst, als Wissenschaftsstandort ist sie besonders bei jungen, gut ausgebildeten Menschen beliebt. Darauf können wir zu Recht stolz sein. Doch Dresden darf sich auf seinen Lorbeeren nicht ausruhen. Nicht alles in der Familienpolitik läuft rund. Mehr Kinder bedeuten mehr Kitas und mehr Schulen. Angesichts des durch die etablierte Politik zu verantwortenden Investitionsstaus der letzten Jahre ist das eine gigantische Herausforderung. Marode Schulen und kaputte Turnhallen sind leider keine Seltenheit. Selbst die ausreichende Schülerverpflegung an manchen Schulen ist keine Selbstverständlichkeit.

Dresden setzt zu sehr auf Mangelverwaltung und zu wenig auf langfristige, nachhaltige Lösungen. Der Grund ist aus meiner Sicht ganz einfach: der falsche Fokus einer Politik, die nur aktiv wird, wenn die Probleme überhand nehmen. Die derzeitige Jugendhilfepolitik zum Beispiel ist nur Aspirin für Problemfälle. Andere Städte beschreiten hier bessere Wege: Stärkere Beteiligung der Eltern an der Familienpolitik und - wie selbstverständlich - die Bereitstellung von wichtigen Informationen für Eltern.

Auch für unsere kinderfreundliche Stadt sollte dies ein wichtiges Anliegen und vor allem möglich sein. Was also braucht es in Dresden für die Zukunft?

Ein Dresdner Familienlexikon! Darin werden alle Kitas mit ihren Konzepten,

Schulen mit ihren Profilangeboten, Spielplätze, Beratungsangebote, Kinderkurse, Talentförderung, Freizeitaktivitäten speziell für Kinder, Notrufnummern, Themen zur Familiengesundheit und vieles mehr mit Öffnungszeiten, Kontaktdaten und Preisangaben aufgelistet. Dieser Ratgeber soll nicht als Nachschlagewerk unter dem Telefonbuch im Schrank versammeln, sondern zur täglichen Inspiration für die Freizeitgestaltung und Aufklärung über die Rechte und Pflichten der Eltern dienen. Jedem Dresdner Haushalt mit Kindern sollte ein Exemplar in aktualisierter Auflage kostenlos zugeschickt werden. Das sollte nicht nur analog, sondern kann auch digital erfolgen. Das Dresdner Familienlexikon würde sich somit an alle Eltern richten und wäre eine echte Hilfe.



DER GANZE ARTIKEL ONLINE:

<http://www.afd-fraktion-dresden.de/fraktionszeitung/articles/die-belastung-fuer-eltern-steigt.html>



DER GANZE ARTIKEL ONLINE:

<http://www.afd-fraktion-dresden.de/fraktionszeitung/articles/der-alternative-blick-02-2017.html>

## SICHERHEIT STÄRKEN!

Zwar ist die Landeshauptstadt Dresden noch eine relativ sichere Stadt, aber auch in der sächsischen Metropole steigt die Kriminalität und das Sicherheitsgefühl der Bürger sinkt.

Eine Bestandsaufnahme liefert die Polizei-Statistik zur Kriminalitätsentwicklung: Im Jahr 2016 wurden in der Landeshauptstadt Dresden 58.660 Straftaten erfasst. Das entspricht gegenüber dem Jahr 2015 einer moderaten Steigerung von 3,7 Prozent. Die Gewaltkriminalität stieg jedoch um 15,2 Prozent an, die Straßkriminalität um 12,6 Prozent und die Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung sogar um 17,1 Prozent.

Diese Entwicklung wird von den Bürgern registriert und wirkt sich negativ auf das Sicherheitsgefühl der Menschen in Dresden aus. Dazu führt auch das veränderte Straßenbild in der Innenstadt. Bzgl. der nichtdeutschen Tatverdächtigen offenbart die polizeiliche Kriminalitätsstatistik, dass deren Anteil von 20 Prozent auf 24,5 Prozent angestiegen ist. Erschreckend ist die Kriminalitätsentwicklung im Zusammenhang mit „Zuwanderung“.

Dabei umfasst der Begriff „Zuwanderung“ tatverdächtige Personen mit dem Aufenthaltsstatus „Asylbewerber“, „Duldung“, Bürgerkriegsflüchtling“ sowie „unerlaubt aufhältige Personen“, so die Polizei. In der Gruppe stiegen die Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung um 141,7 Prozent und Rohheitsdelikte bzw. Straftaten gegen die persönliche Freiheit um 67,3 Prozent. Dabei stellen die folgenden Nationen die meisten ermittelten Tatverdächtigen: Tunesien (321), Syrien (289), Marokko (253), Libyen (218), Afghanistan (164).

Diese Zahlen offenbaren, dass nicht nur eine sachliche Debatte über Kriminalität, ihre Ursachen und Folgen, sondern auch über die Herkunft der Täter zu führen ist. Insbesondere Nordafrikaner dominieren beispielsweise beim Drogenhandel am und um den Wiener Platz. „Wir haben etwa 130 Intensivtäter in der Stadt, die polizeibekannt sind und die uns immer wieder begegnen“, sagte Polizeipräsident Kretzschmar gegenüber der DNN und fügte an: „Dieses Problem muss auf politischer Ebene gelöst werden.“



Aus Sicht der AfD-Fraktion unternimmt die Politik zu wenig, um die Sicherheit in Dresden wieder zu erhöhen. Die Sicherheit der Dresdner Bürger könne bereits mit kleinen Maßnahmen, wie z.B. mehr Personal beim Ordnungsamt, erhöht werden. Oder aber auch mit ausreichend Personal für die Sicherheit in den Dresdner Bädern, wie es die AfD-Fraktion forderte, bei anderen Fraktionen des Stadtrates jedoch keine Zustimmung fand. Dazu merkt Stadtrat Jörg Urban an: „Es gibt viele Familien, die ihre Kinder nicht mehr allein in Dresdner Bäder schicken, weil sie sich um deren Sicherheit sorgen.“ Für die AfD-Fraktion könnte der Sicherheitsaspekt ein Grund sein, wieso die Besucherzahl in Dresdner Hallen- und Freibädern innerhalb eines Jahres – von 2015 zu 2016 – um fast 180.000 Gäste zurückgingen. Die Landeshauptstadt Dresden erklärt diesen Rückgang jedoch allein mit Renovierungsarbeiten sowie dem Wetter (Anfrage AF1777/17).

Jörg Urban



## RESPEKT IN DRESDEN EINE HALBE MILLION EURO FÜR...NICHTS?



Am 01. Juni 2017 beschloss der Stadtrat eine vormals „Dresden.Respekt“ genannte, später nur noch als „Handlungsprogramm“ bezeichnete Vorlage (V1620/17), die dabei helfen soll, die Spaltung zwischen den Dresdnern abzubauen zu helfen. Somit stellt sie auch eine Antwort auf das Phänomen PEGIDA dar. Klar ist, die angespannte Situation der Dresdner Stadtgesellschaft harrt einer Lösung, bedarf neuer Gesprächsangebote und braucht neugewonnenen Respekt der Bürgerinnen und Bürger untereinander. Leider wird der eigentlich gute Gedanke nach meiner Einschätzung am linksgrünen (Un-)Geist, durch welchen er in der Umsetzung getragen ist, scheitern. Am Ende wird nichts gewonnen und aber viel Steuergeld verloren sein.

Neben einer Vielzahl von geplanten Ausgaben für Maßnahmen und Projekte soll im Rahmen der Vorlage auch ein Gutachten (geschätzte Kosten 53.550 EUR) in Auftrag gegeben werden, welches in seinen Fragestellungen schon den nächsten Sprengsatz bietet. Unter anderem steht in der Vorlage: „Welche Möglichkeiten be-

stehen abstrakt, die Durchführung von Versammlungen unter freiem Himmel zu beschränken? [...] Wurde adäquat auf Beschwerden/Störungen reagiert (z. B. Auseinandersetzung von Teilnehmerinnen und Teilnehmern der PEGIDA-Versammlung mit Schülerinnen und Schülern am Schauspielhaus, öffentlich berichtete Redehalte volksverhetzenden und/oder beleidigenden Charakters, öffentlich vorgenommene – inzwischen rechtskräftig verurteilte – Volksverhetzung durch Lutz Bachmann, Störungen beim An- und Abreiseverkehr bzw. öffentlichen Berichten darüber)? [...] War die Behandlung von PEGIDA-Demonstrationen durch die Versammlungsbehörde demonstrationsfreundlicher oder demonstrationsunfreundlicher als die Behandlung von Gegendemonstrationen?“

Man kann dieses Gutachten sowohl als Versuch interpretieren das Demonstrationsrecht einzuschränken als auch den Anschuldigungen von Rot-Rot-Grün, PEGIDA würde durch die Versammlungsbehörde zu gut behandelt werden, mit Fakten entgegenzuwirken. Je nachdem wie

dieses geplante Gutachten ausgeht – und von wem es erstellt wird –, das Ergebnis wird bestimmt einer Seite nicht gefallen. Brisanter noch als die halbe Million für Maßnahmen und ein Gutachten muss jedoch eine andere, noch kommende Verwaltungsvorlage unter dem Namen „Wir entfalten Demokratie“ (V1566/17) angesehen werden. In dieser wird ein Großteil der Dresdner Bürger zum linksgrünen Erziehungs- bzw. Umerziehungsgegenstand, weil in Dresden angeblich deutlich geworden sei, „dass fremdenfeindliche, rassistische und nationalistische Ressentiments in der Gesellschaft stark verbreitet“ wären und „eine Art ‚sächsischer Chauvinismus‘“ bestehe, welcher mit „der Beanspruchung von ‚Etabliertenvorrechten‘“ der einheimischen Bevölkerung einhergehe. Die AfD-Fraktion wird sich dessen unbeirrt weiter für die Interessen der über Generationen hinweg einheimischen Menschen in unserem Land einsetzen!

Gordon Engler



DER GANZE ARTIKEL ONLINE:

<http://www.afd-fraktion-dresden.de/fraktionszeitung/articles/sicherheit-staerken.html>



DER GANZE ARTIKEL ONLINE:

<http://www.afd-fraktion-dresden.de/fraktionszeitung/articles/respekt-in-dresden.html>

# LINKS-GRÜNE AUTOHASSE IM STADTRAT

Verkehrsraum ist knapp, Nutzungskonflikte sind damit vorprogrammiert. Das war schon immer so. Seit den Kommunalwahlen 2014 weht jedoch ein neuer, links-grüner Wind in Dresden. Seither fällt jede Entscheidung zu Lasten der Autofahrer aus. Das ist nicht verwunderlich: Folgt man der links-grünen Ideologie, werden ab 2030 Neuanmeldungen von Benzin- oder Dieselfahrzeugen verboten sein.

Auch in letzter Zeit hat sich die Mehrheit von SPD, Grünen und Linken im Stadtrat wieder deutlich gegen die Autofahrer positioniert.

Zukünftig soll das Parken am Blauen Wunder massiv eingeschränkt werden. Derzeit ist der Parkplatz unterhalb der Loschwitzbrücke zwar aus anderen Gründen gesperrt, sobald aber der Beschluss der linken Stadtratsmehrheit umgesetzt wird, gibt es deutlich weniger Parkplätze. Als Begründung wurden vor allem gefährliche Situationen zwischen Autoverkehr und Fahrradfahrern in Feld geführt. Insbesondere die Konflikte zwischen Fußgängern und Radfahrern werden sich durch die von der linken Mehrheit getroffenen Entscheidungen aber nicht verringern. Diese sind jedoch das eigentliche Hauptproblem.

Eine positive Entwicklung des Geländes vor dem Schillerplatz für alle Verkehrsteilnehmer und auch alle Nutzer, bspw. ein-

kaufende Bürger, Restaurantbesucher oder Touristen, wie sie die AfD-Fraktion befürwortet hatte, war mit Links-Grün nicht zu machen. Damit zeigt sich wieder einmal: links-grüne Verkehrsideologie orientiert sich nicht an den Bedürfnissen der Dresdner.

Auch eine andere Entscheidung von Rot-Grün geht zu Lasten der Autofahrer. Zukünftig soll die Stadt die Möglichkeit haben, Autostellflächen umzuwidmen und mit Fahrradbügel zu versehen, also Stellplätze für Fahrräder.

Dazu äußerte sich Jörg Urban, Verkehrspolitischer Sprecher der AfD-Fraktion, in der Stadtratsdebatte vor der Sommerpause: „Die AfD steht dafür, dass jeder ohne Zwang dasjenige Verkehrsmittel nutzen kann, das er möchte. Wir wollen nicht, dass unterschiedliche Verkehrsmittel gegeneinander ausgespielt werden oder dass einzelne Verkehrsmittel bevorzugt werden, weil ein paar Menschen – besonders hier auf der linken Seite – in ihrer Engstirnigkeit glauben, die zukünftige Verkehrsentwicklung, technische Innovationen oder das zukünftige Verbraucherverhalten vorhersagen zu können.“

Die AfD spricht sich ganz entschieden gegen eine solche spaltende und kurzsichtige Verkehrspolitik aus.

Jörg Urban



## IMPRESSUM

### HERAUSGEBER

Fraktion der Alternative für Deutschland (AfD) im Stadtrat der Landeshauptstadt Dresden (Stadträte Gordon Engler, Harald Gilke, Jörg Urban MdL, Stefan Vogel)  
Postfach 12 00 20 - 01001 Dresden  
V.i.S.d.P.: Fraktionsvorsitzender Stefan Vogel

### KONTAKT

Fraktion der Alternative für Deutschland (AfD) im Stadtrat der Landeshauptstadt Dresden  
Fraktionsgeschäftsführer: Harald Kläbe  
Fraktionsreferent: Dirk Taphorn  
Dr.-Külz-Ring 19, 01067 Dresden  
1. Etage, Raum 215  
Tel 0351 - 4 88 10 50  
Fax 0351 - 4 88 10 49  
post@afd-fraktion-dresden.de  
http://www.afd-fraktion-dresden.de  
http://www.facebook.com/AfDFraktionDresden

### FOTOS / BILDER

HARALD GILKE (1), (6) UND (8)  
AFD-KREISVERBAND DD (3) UND (4)  
GORDON ENGLER (5) UND GRAFIK (7)  
DAVID STEINMANN RUINE (7)

### ERSCHEINUNGSWEISE

Dreimonatlich

### DRUCKAUFLAGE

2.000 Exemplare

Die „Alternativen für Dresden“ sind Teil der Öffentlichkeitsarbeit der AfD-Fraktion im Stadtrat Dresden und dürfen nicht für Wahlwerbung verwendet werden.

## ABONNEMENT?

Wir senden kostenfrei zu!

Einfach Nachricht mit Kontaktdaten an:  
[post@afd-fraktion-dresden.de](mailto:post@afd-fraktion-dresden.de)